

## **A. d) Berichte**

### **01) 100 Jahre Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen**

Im Rahmen der Volksabstimmungen im Gefolge des Versailler Vertrags fanden am 11. Juli 1920 auch Volksabstimmungen in Teilen Ost- und Westpreußens statt. In Ostpreußen wurde im Wesentlichen im Regierungsbezirk Allenstein

[https://de.wikipedia.org/wiki/Regierungsbezirk\\_Allenstein](https://de.wikipedia.org/wiki/Regierungsbezirk_Allenstein)

(mit kleinen Änderungen) abgestimmt und in Westpreußen in mehreren östlich der Weichsel gelegenen Kreisen des früheren Regierungsbezirks Marienwerder

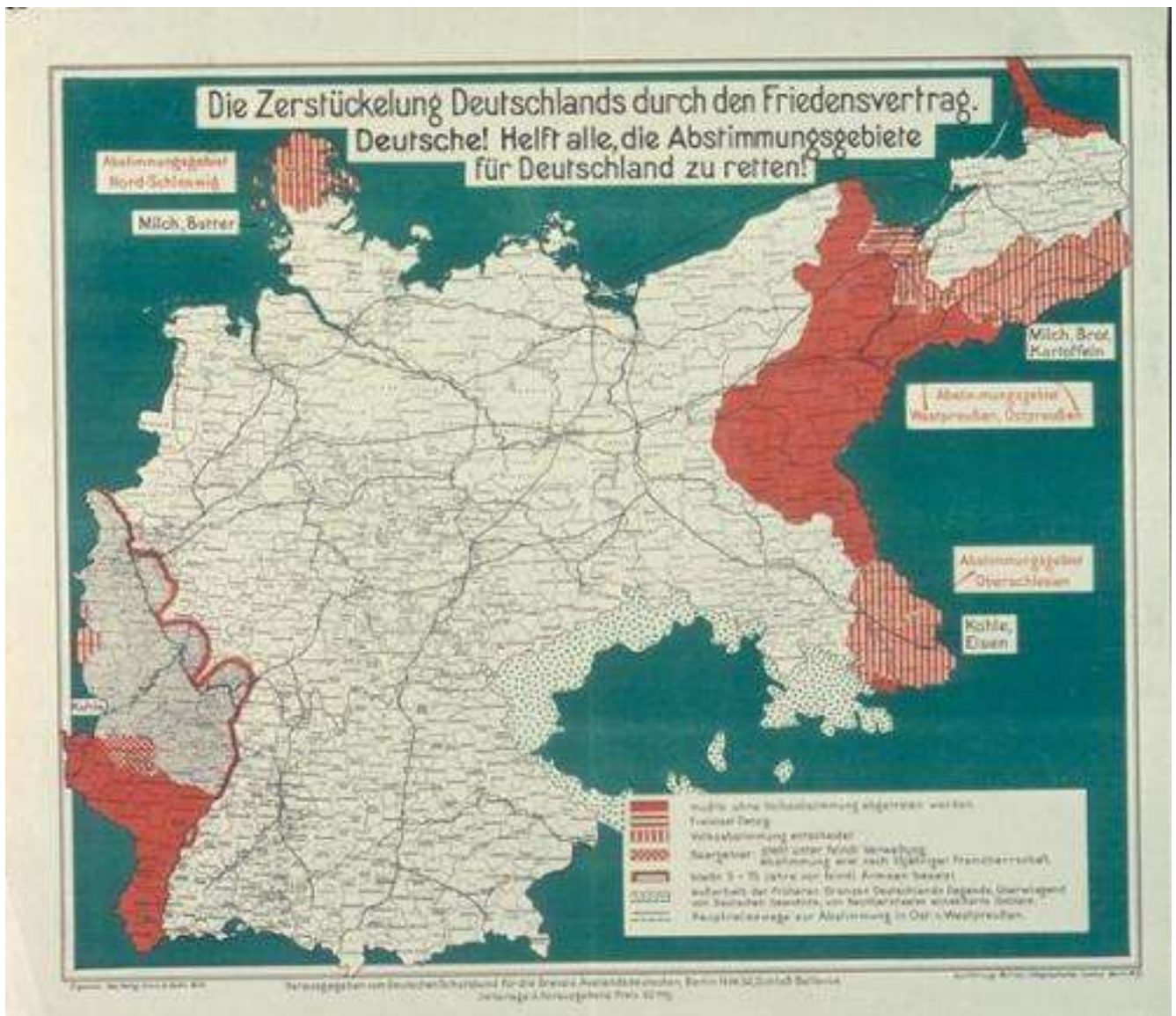
< [https://de.wikipedia.org/wiki/Regierungsbezirk\\_Marienwerder](https://de.wikipedia.org/wiki/Regierungsbezirk_Marienwerder) >.

Die Abstimmungsberechtigten konnten über die künftige staatliche Zugehörigkeit der Gebiete entscheiden. Im Allensteiner Abstimmungsgebiet stimmten über 97 % und im Abstimmungsgebiet Marienwerder über 92 % der Wähler für den Verbleib bei Ostpreußen und somit beim Deutschen Reich und gegen eine Abtretung an die Zweite Polnische Republik. Diese Ergebnisse waren insofern bemerkenswert, als ein erheblicher Teil der Bevölkerung in den Abstimmungsgebieten polnischer Muttersprache war.

1910 wurden bei der Volkszählung in Masuren und im südlichen Ermland 303.000 Bewohner mit deutscher, 231.000 Bewohner mit masurischer, 45.000 mit polnischer Muttersprache und 21.000 Zweisprachige gezählt. Von größter Bedeutung für das Bekenntnis der Masuren zum Deutschtum ist gewesen, daß die Masuren als Protestanten im scharfen Gegensatz zu den erzkatholischen Polen stehen.

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 90, 2020, Wien, am 14. Juli 2020*

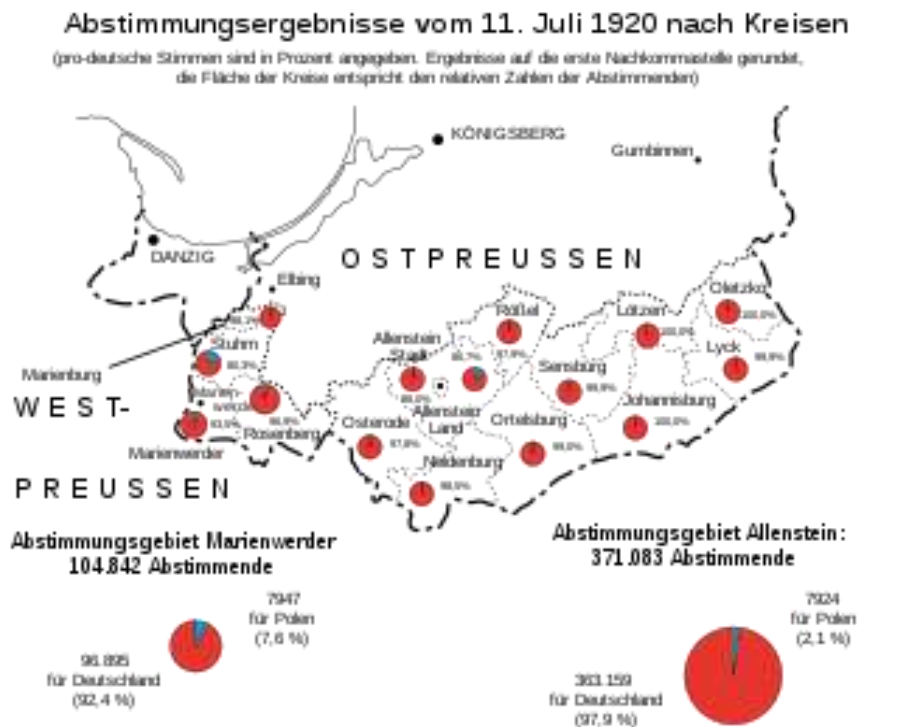
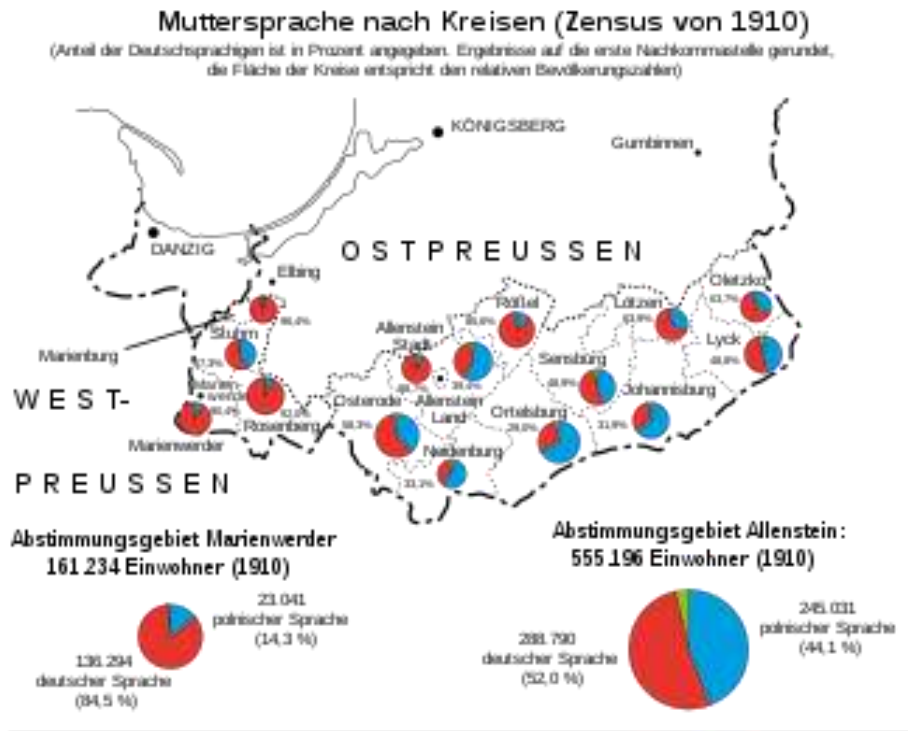




Aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 01.08.2020, 14:40 Uhr:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Volksabstimmungen\\_in\\_Ost-\\_und\\_Westpreu%C3%9Fen](https://de.wikipedia.org/wiki/Volksabstimmungen_in_Ost-_und_Westpreu%C3%9Fen)

## Volksabstimmungen in Ost- und Westpreußen



Muttersprache nach Kreisen im Jahr 1910 und Ergebnisse der Volksabstimmung 1920 im Bereich Allenstein und Marienwerder



Im Rahmen der [Volksabstimmungen im Gefolge des Versailler Vertrags](#) fanden am 11. Juli 1920 auch **Volksabstimmungen in Teilen Ost- und Westpreußens** statt. In Ostpreußen wurde im Wesentlichen im [Regierungsbezirk Allenstein](#) (mit kleinen Änderungen) abgestimmt und in Westpreußen in mehreren östlich der [Weichsel](#) gelegenen Kreisen des früheren [Regierungsbezirks Marienwerder](#). Die Abstimmungsberechtigten konnten über die künftige staatliche Zugehörigkeit der Gebiete entscheiden. Im Allensteiner Abstimmungsgebiet stimmten über 97 % und im Abstimmungsgebiet Marienwerder über 92 % der Wähler für den Verbleib bei Ostpreußen und somit beim [Deutschen Reich](#) und gegen eine Abtretung an die [Zweite Polnische Republik](#). Diese Ergebnisse waren auch insofern bemerkenswert, als ein erheblicher Teil der Bevölkerung in den Abstimmungsgebieten polnischer Muttersprache war.



## Inhaltsverzeichnis

- [1 Vorgeschichte](#)
- [2 Rahmenbedingungen der Volksabstimmung am 11. Juli 1920](#)
- [3 Interalliierte Kommission](#)
- [4 Abstimmungsergebnisse](#)
  - [4.1 Abstimmungsgebiet Allenstein](#)
  - [4.2 Abstimmungsgebiet Marienwerder](#)
- [5 Gedenken](#)
- [6 Weblinks](#)
- [7 Literatur](#)
- [8 Einzelnachweise](#)

## Vorgeschichte

Nach Ende des [Ersten Weltkriegs](#) und der staatlichen [Restauration](#) Polens war die Grenzziehung zwischen Polen und dem Deutschen Reich umstritten. Während der [Versailler Vertrag](#) den größten Teil der preußischen [Provinz Posen](#) (des historischen [Großpolens](#)) und den [Polnischen Korridor](#) dem polnischen Staat ohne Volksabstimmung zusprach, sollte in den südlichen Kreisen Ostpreußens, den östlich der [Weichsel](#) gelegenen Teilen [Westpreußens](#) sowie in [Oberschlesien](#) in Volksabstimmungen über die weitere staatliche Zugehörigkeit entschieden werden ([Volksabstimmungen im Gefolge des Versailler Vertrags](#)). An den Grenzen Ostpreußens waren zwei Abstimmungsgebiete ([englisch](#) *plebiscite areas*; [französisch](#) *zones du plébiscite*) vorgesehen: das Abstimmungsgebiet Marienwerder in Westpreußen entlang der Weichsel und in Ostpreußen das Abstimmungsgebiet Allenstein, den [Regierungsbezirk Allenstein](#) sowie den [Kreis Oletzko](#) umfassend ([Masuren](#)). Die polnische Delegation in Versailles forderte ursprünglich die Abtretung dieser strittigen Gebiete ohne jede Volksabstimmung an Polen. Darüber hinaus sollte das nördliche Ostpreußen an Litauen fallen, aus dem verbleibenden Teil rund um Königsberg sollte ein von Deutschland unabhängiges [Völkerbundsmandat](#) entstehen, das nach Einschätzung polnischer Politiker langfristig ebenfalls Teil Polens werden sollte.<sup>[1][2]</sup> Dagegen protestierte die Regierung [Friedrich Ebert](#) und vor allem auf Drängen des britischen Premierministers [David Lloyd George](#) wurden Abstimmungen unter alliierter Aufsicht anberaumt.





Nach den Regelungen in den Artikeln 94–98<sup>[3]</sup> des Versailler Vertrags wurde das Abstimmungsgebiet entmilitarisiert und einer dem [Völkerbund](#) unterstehenden Abstimmungskommission unterstellt. Nach Abzug des deutschen Militärs in der ersten Februarwoche übernahm sie am 17. Februar 1920 die Verwaltung des Abstimmungsgebiets und stationierte britische und italienische Truppen zur Überwachung der Abstimmung. Deutsche Verwaltungsbehörden blieben im Amt, ihnen wurde jeder Kontakt zu vorgesetzten Dienststellen in Berlin oder Königsberg untersagt, die dort tätigen Beamten mussten der Kommission einen Treue-Eid leisten.<sup>[4]</sup>

Deutschland und Polen entfalteten daraufhin intensive Kampagnen, um für die jeweilige nationale Zugehörigkeit zu werben. Unter dem Dach des *Ostdeutschen Heimatdienstes* waren verschiedene Organisationen mit insgesamt rund 220.000 Mitgliedern zusammengeschlossen, um für den Verbleib bei Deutschland zu werben. Zu den führenden Personen zählten etwa [Paul Hensel](#) und [Max Worgitzki](#). Die polnische Seite gründete im November 1919 in [Warschau](#) das „masurische Abstimmungs Komitee“ unter dem Vorsitz von [Juliusz Bursche](#), dem späteren Bischof der [evangelisch-augsburgischen Kirche in Polen](#).<sup>[5]</sup> Allerdings mangelte es auf dieser Seite an geeigneten Agitatoren, weshalb zum großen Teil aus anderen Gebieten der preußischen Monarchie zugewanderte Polen für einen Anschluss an Polen warben. Diese wurden von Freiwilligen aus Polen unterstützt, die zum einen nur selten über gute Kenntnisse der [masurischen Bevölkerung](#) verfügten und zum anderen Katholiken waren, was der Verständigung mit den evangelischen Masuren nicht unbedingt dienlich war.<sup>[6]</sup>

Wahlberechtigt waren alle Einwohner des Abstimmungsgebiets, die älter als 20 Jahre waren, und die dort vor dem 1. Januar 1905 Geborenen. Dies hatte zur Folge, dass zahlreiche Masuren, die im Rahmen der Industrialisierung insbesondere in das [Ruhrgebiet](#) abgewandert waren, an der Abstimmung teilnahmen. Diese Regelung ging auf einen Vorschlag von [Ignacy Jan Paderewski](#) zurück.<sup>[1]</sup> Ebenso soll die Festsetzung der Abstimmungsalternativen *Ostpreußen/Polen* (nicht *Deutschland/Polen*), auf eine Forderung der polnischen Delegation in Versailles unter der Leitung von [Roman Dmowski](#) zurückgehen, die sich insbesondere von der Teilnahme der als polnische Minderheit angesehenen [Ruhrpolen](#) bessere Chancen versprach.

## **Rahmenbedingungen der Volksabstimmung am 11. Juli 1920**



Das Deutsche Haus in Allenstein im Juli 1920



Deutschland sollte gemäß dem Versailler Frieden erhebliche Reparationen zahlen, deren Höhe die [Reparationskommission](#) aber erst nach Vertragsschluss festlegte und die ab 1. Mai 1921 zu leisten waren. Im Gegensatz zu seinen Nachbarn war Deutschland einerseits so mit hohen Auslandsschulden belastet, andererseits wies es allerdings – außer in Ostpreußen – kaum Zerstörungen durch das Kriegsgeschehen auf. Deutschlands Energiereserven wurden von den Alliierten kontrolliert und die Industrie lag am Boden. Die politische Lage des deutschen Staates war durch politische Unruhen wie den [Kapp-Putsch](#) unsicher. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation war für die Masuren im Deutschen Reich nicht zu erwarten, weshalb die deutsche Seite im Wahlkampf nur auf die ebenso existierenden polnischen Schwierigkeiten hinweisen konnte<sup>[6]</sup>. Allerdings hatte das Deutsche Reich trotz seiner Schwierigkeiten zur Behebung der Kriegsschäden in Ostpreußen großzügige Kredite gewährt.

Polen befand sich im [polnisch-sowjetischen Krieg](#) in der Defensive, seit Juni 1920 belagerte die Rote Armee [Lemberg](#), und die Aussicht, Teil eines Staates zu werden, der sich gerade in einem Krieg befand, war wenig verlockend. Die materiellen Aussichten waren trotz gegenteiliger polnischer Propaganda ungewiss. Das Deutsche Reich gewährte gerade in Ostpreußen großzügige Kredite zur Behebung der im Krieg entstandenen Zerstörungen. Nach der preußischen Statistik hatte der polnischsprachige Bevölkerungsanteil in Masuren seit der Reichsgründung 1871 von über 75 % auf zuletzt (1910) etwa 44 % abgenommen. In der Realität war die Prozentzahl der Polnischsprachigen jedoch wohl höher, weil sich viele eigentlich primär polnischsprachige Masuren nicht als Polen bezeichnen wollten, da alles Polnische oder Polnisch-Masurische gegenüber der deutschen Kultur in geringem Ansehen stand („Wo sich aufhört die Kultur, da sich anfängt der Masur“). Bleibenden Eindruck hatten bei den Einwohnern Masuren auch die russische Invasion des Landes und die großen Siege der deutschen Armeen bei [Tannenberg](#) (1914) und an den [Masurischen Seen](#) (1915) hinterlassen, die die Überlegenheit der deutschen gegenüber der östlichen „slawischen“ Kultur zu zeigen schienen. Der Wiederaufbau des schwer kriegszerstörten Landes war danach mit verhältnismäßig großzügiger Hilfe der preußischen Regierung schon während des Krieges wieder begonnen worden und viele deutsche Städte hatten Kriegspatenschaften für ostpreußische Kreise übernommen, um diese materiell zu unterstützen.



Ankunft von Wählern in Marienwerder



Die polnische Seite schätzte dagegen von Anfang an die Stimmung der masurischen Bevölkerung falsch ein. Die polnische Propaganda zielte vor allem darauf ab, die Masuren als jahrhundertlang durch die Preußen bzw. Deutschen unterdrückte Polen darzustellen, die durch den Anschluss an das neuerstandene Polen ihre Freiheit gewinnen würden. Diese Propaganda stieß jedoch bei der masurischen Bevölkerung, die sich in ihrer überwältigenden Mehrheit als staatsstreue konservative Preußen empfand, auf keine Resonanz. Im Gegenteil wurden die aggressiv nationalistischen Äußerungen polnischer Politiker als Bedrohung empfunden. Es fehlte der polnischen Seite dementsprechend auch an Parteigängern für die Organisation eines „Wahlkampfes“ in den Abstimmungsgebieten, da es dort nie zuvor eine größere pro-polnische Bewegung gegeben hatte. Die deutschen Vorbereitungen wurden dagegen dadurch unterstützt, dass anders als in anderen Abstimmungsgebieten die deutsche Verwaltung nicht für die Zeit vor und während der Abstimmung suspendiert wurde.<sup>[7][5]</sup>

Den von außerhalb des Abstimmungsgebietes zurückkehrenden Abstimmungsberechtigten stand ein kostenfreier Transport sowie Unterbringung zur Verfügung, auch ein Verdienstausfall wurde gegebenenfalls ersetzt. Da polnische Behörden ca. 25.000 Wählern die Durchreise durch den [Polnischen Korridor](#) verweigerten,<sup>[8]</sup> wurde der [Seedienst Ostpreußen](#) geschaffen.<sup>[4]</sup> Vom Flughafen Stolp aus wurde der Lufttransport organisiert.<sup>[9]</sup>

### **Interalliierte Kommission**

Am 14. und 17. Februar 1920 übernahm die *Interalliierte Kommission* die Aufsicht in Allenstein und Marienwerder. Der Regierungspräsident in Allenstein [Matthias von Oppen](#) und der Oberbürgermeister der Stadt [Georg Zülch](#) wurden ausgewiesen. An ihrer Stelle vertrat [Wilhelm von Gayl](#) als Reichs- und Staatskommissar die deutschen Belange. Ihm war aber, wie er selbst schrieb, „eine Doppelaufgabe gestellt: Er hatte die deutschen Belange gegenüber der Kommission und den Polen zu wahren, aber auch der Kommission aufklärend und beratend zu helfen sowie ihren Verkehr mit den deutschen Regierungsstellen außerhalb des Gebietes zu vermitteln. Er war nicht einseitiger Interessenvertreter wie der polnische Generalkonsul, sondern durch ein entsprechendes Abkommen organisch mit der Kommission verbunden.“

Im Dienst der Kommission für das ostpreußische Abstimmungsgebiet standen 88 höhere Beamte und Offiziere: 34 Briten, 24 Franzosen, 23 Italiener und 7 Japaner. Den Vorsitz hatte Großbritanniens Gesandter Sir [Ernest Amelius Rennie](#) (1868–1935). Der deutsche Bevollmächtigte für das westpreußische Abstimmungsgebiet war zunächst der frühere Landrat von Graudenz, Geheimrat [Hans Kutter](#) (1870–1929). Nach dem [Kapp-Putsch](#) wurde er von [Theodor von Baudissin](#) (1874–1950), Landrat in Neustadt/Westpreußen, abgelöst. Die polnische Seite war in Marienwerder durch [Stanislaus Graf von Sierakowski](#) (*polnisch Stanisław Sierakowski*, 1891–1939), in Allenstein durch den späteren polnischen Generalkonsul [Zenon Eugeniusz Lewandowski](#) (1859–1929), dem [Fürst Henryk Korybut-Woroniecki](#) (1891–1941) folgte,<sup>[10]</sup> vertreten (Weichbrodt 1980).

Für das Abstimmungsgebiet in der Provinz Westpreußen bestand die Interalliierte Kommission aus dem italienischen Staatskommissar [Angelo Pavia](#) als Vorsitzendem sowie dem englischen Diplomaten [Henry Beaumont](#), dem französischen Diplomaten [René de Cherisey](#) sowie dem japanischen Diplomaten [Morikazu Ida](#).<sup>[11]</sup>



## Abstimmungsergebnisse

Die Ergebnisse wurden durch das statistische Amt der Republik Polen im Statistischen Jahrbuch 1920/22, durch das Preußische Statistische Landesamt sowie summarisch in einem Anhang zur [deutschen Volkszählung](#) von 1925 vom [Statistischen Reichsamt](#) veröffentlicht. [\[12\]\[13\]\[14\]\[15\]](#)

### Abstimmungsgebiet Allenstein

Von den 422.067 Wahlberechtigten beteiligten sich 87,31 %. Dabei stimmten 363.209 (97,86 %) für den Verbleib bei Ostpreußen/Deutschland und 7.924 (2,11 %) für einen Anschluss an Polen. Die unmittelbar an der Grenze liegenden Gemeinden Klein Lobenstein, Klein Nappern und Groschken im Kreis Osterode stimmten mehrheitlich für einen Anschluss an Polen und wurden an Polen abgetreten. Weitere 25 Gemeinden, die mehrheitlich für Polen stimmten, verblieben bei Ostpreußen, da sie sonst Exklaven gebildet hätten. [\[16\]](#)

Das zum [Landkreis Neidenburg](#) zählende Gebiet um [Soldau](#) musste ohne Volksabstimmung an Polen abgetreten werden. Grund hierfür war die durch Soldau verlaufende [Preußische Ostbahnlinie](#) Danzig–Warschau. Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Abstimmung.

Kreis	Fläche (km <sup>2</sup> )	Bevölkerung 1910	Sprachen 1910 (Zahl der Sprecher)				Bevölkerung (8. Okt. 1919)	Stimm-berechtigte	Gültige Stimmen			Stimmen in Prozent	
			Polnisch	Deutsch	andere Sprache	Deutsch und andere			Insgesamt	für Polen	für Deutschland	für Polen	für Deutschland
<a href="#">Lyck (Elk)</a>	1.114,0	55.579	25.755	27.138	67	2.619	57.414	40.440	36.573	44	36.529	0,12	99,88
<a href="#">Johannisburg (Jainsbork)</a>	1.682,4	51.399	33.344	16.379	35	1.641	52.403	38.964	33.831	14	33.817	0,04	99,96
<a href="#">Lötzen (Lec)</a>	894,5	41.209	13.007	26.352	43	1.807	45.681	33.339	29.359	10	29.349	0,03	99,97
<a href="#">Neidenburg (Nibork)</a>	1.071,2	32.610	20.075	10.779	42	1.714	38.571	26.449	22.565	330	22.235	1,46	98,54
<a href="#">Oletzko (Olecko)</a>	841,3	38.536	12.398	24.562	95	1.481	40.259	32.010	28.627	2	28.625	0,01	99,99
<a href="#">Allenstein (Stadt) (Olsztyn)</a>	51,5	33.077	2.348	29.344	51	1.334	34.731	20.160	17.084	342	16.742	2,00	97,99
<a href="#">Allenstein (Kreis) (Olsztyn)</a>	1.304,7	57.919	33.286	22.825	15	1.793	57.518	41.586	36.578	4.871	31.707	13,47	86,53
<a href="#">Osterode (Ostróda)</a>	1.550,7	74.666	28.825	43.508	46	2.287	76.258	54.256	47.399	1.031	46.368	2,19	97,81
<a href="#">Rößel (Reszel)</a>	855,4	50.472	6.560	43.189	0	723	49.658	39.738	36.006	758	35.248	2,10	97,90
<a href="#">Ortelsburg (Szczytno)</a>	1.705,1	69.635	46.903	20.218	47	2.467	73.719	56.389	48.704	497	48.207	1,49	98,51
<b>Insgesamt</b>	<b>12.304,5</b>	<b>555.196</b>	<b>245.031</b>	<b>288.790</b>	<b>1.177</b>	<b>20.198</b>	<b>577.001</b>	<b>422.067</b>	<b>371.083</b>	<b>7.924</b>	<b>363.159</b>	<b>2,13</b>	<b>97,86</b>







Übergabe des Abstimmungsgebietes

Formal wurde das Abstimmungsgebiet durch die Interalliierte Kommission in Gegenwart des [Reichskommissars](#) für das Abstimmungsgebiet ([Wilhelm Freiherr von Gayl](#)) am 16. August 1920 an den [Regierungspräsidenten](#) von Allenstein ([Matthias von Oppen](#)) übergeben.

### Abstimmungsgebiet Marienwerder

Von den 121.176 Wahlberechtigten beteiligten sich 84,00 % an der Abstimmung. Von diesen stimmten 96.895 (86,52 %) für Ostpreußen/Deutschland und 7.947 (7,58 %) für den Anschluss an Polen.

Kreis	Fläche (km <sup>2</sup> )	Bevölkerung (1910)	Sprachen 1910 (Zahl der Sprecher)				Bevölkerung (8. Okt. 1919)	Stimm-berechtigte	Gültige Stimmen			Stimmen in Prozent	
			Polnisch	Deutsch	andere Sprachen	Deutsch und eine andere			insgesamt	für Polen	für Deutschland	für Polen	für Deutschland
<a href="#">Marienwerder (Kwidzyn)</a>	555,8	41.153	3.371	37.209	15	558	40.730	31.913	27.387	1.779	25.608	6,50	93,50
<a href="#">Marienburg (Malbork)</a>	216,0	29.004	693	27.968	23	320	27.858	20.342	17.996	191	17.805	1,06	98,94
<a href="#">Rosenberg (Susz)</a>	1.041,6	54.550	3.429	50.194	46	881	56.057	39.630	34.571	1.073	33.498	3,10	96,90
<a href="#">Stuhm (Sztum)</a>	641,6	36.527	15.548	20.923	33	23	39.538	29.291	24.888	4.904	19.984	19,70	80,30
<b>Insgesamt</b>	<b>2.455,0</b>	<b>161.234</b>	<b>23.041</b>	<b>136.294</b>	<b>117</b>	<b>1.782</b>	<b>164.183</b>	<b>121.176</b>	<b>104.842</b>	<b>7.947</b>	<b>96.895</b>	<b>7,58</b>	<b>92,42</b>



## Gedenken

Zum Andenken an die Abstimmung wurden in zahlreichen Dörfern und Städten Gedenksteine errichtet. Im Jahr 1922 wurde an der [Marienburg](#) ein [Abstimmungsdenkmal](#) und im Jahr 1928 in [Allenstein](#) ein zentrales [Abstimmungsdenkmal](#) eingeweiht. Anlässlich der Jahrestage der Abstimmung wurden Sport- und Volksfeste organisiert, so etwa 1925 ein von Allenstein ausgehender Staffellauf durch das Abstimmungsgebiet.<sup>[17]</sup> Nach der Vertreibung der Deutschen wurde das Allensteiner Denkmal 1945 durch die polnische Verwaltung zerstört.

## Weblinks



[Commons: Abstimmungsgebiete Allenstein/Marienwerder](#) – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien

- [Volksentscheide in Ostpreußen](#)
- [Abstimmungsgebiete in Deutschland](#)
- [Volksentscheide in Deutschland](#)
- [In den Vortagen der Volksabstimmung 1920 – Berichte aus der Ermländischen Zeitung.](#) Abgerufen am 10. Mai 2020.
- Adolf Eichler (bis 1925 Hauptgeschäftsführer des Heimatdienstes Allenstein): [Was durch die Heimatvereine im ostpreußischen Abstimmungsgebiet erreicht wurde.](#) 2020, abgerufen am 10. Mai 2020.

## Literatur

- [Rüdiger Döhler](#): *Ostpreußen nach dem Ersten Weltkrieg*. Einst und Jetzt, Bd. 54 (2009), S. 219–235.
- [Wilhelm Freiherr von Gayl](#): *Ostpreußen unter fremden Flaggen – Ein Erinnerungsbuch an die ostpreußische Volksabstimmung vom 11. Juli 1920*, 1940.
- [Walther Hubatsch](#): *Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen 1920 – ein demokratisches Bekenntnis zu Deutschland*. Hamburg 1980.
- Ernst Weichbrodt: *Selbstbestimmung für alle Deutschen. 1920/1980. Unser Ja zu Deutschland. Zum 60. Jahrestag der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920*. Landsmannschaft Ostpreußen, Hamburg 1980.
- [Max Worgitzki](#), Adolf Eichler, W. Frhr. von Gayl: *Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen: Der Kampf um Ermland u. Masuren*. Leipzig 1921.
- Michael Bulitta: *Ein Beitrag zur Organisation der Volksabstimmung im Jahre 1920 im Stadtkreis Allenstein (Ostpreußen)*. Altpreußische Geschlechterkunde, N.F. 54, 2006, S. 191–212.
- Paul Hoffmann: *Die Volksabstimmung in Westpreußen am 11. Juli 1920. Vergleichende Darstellung der Abstimmungsergebnisse aufgrund des amtlichen Materials*. Marienwerder 1920.
- [Bernhart Jähnig](#) (Hrsg.): *Die Volksabstimmung 1920 – Voraussetzungen, Verlauf und Folgen*. N.G. Elwert Verlag, Marburg 2002.



## Einzelnachweise

01 Wojciech Wrzesiński: *Das Recht zur Selbstbestimmung oder die Festigung der staatlichen Souveränität. Die ostpreussischen Plebiszite 1920*. In: Bernhart Jähnig (Hrsg.): *Die Volksabstimmung 1920 – Voraussetzungen, Verlauf und Folgen*. N.G. Elwert, Marburg 2002, [ISBN 3-7708-1226-3](#), S. 11 ff.

• • Robert Kempa: *Der nordöstliche Teil Masurens im Plebiszit 1920*. In: Bernhart Jähnig (Hrsg.): *Die Volksabstimmung 1920 – Voraussetzungen, Verlauf und Folgen*. N.G. Elwert, Marburg 2002, [ISBN 3-7708-1226-3](#), S. 149 ff.

• • [Gesetz über den Friedensschluss zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten](#). In: Herder-Institut (Hrsg.): *Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul „Zweite Polnische Republik“*, bearb. von [Heidi Hein-Kircher](#) (Zugriff am 25. April 2014).

• • Hans-Werner Rautenberg: *Die Stimmung der Bevölkerung im masurischen Abstimmungsgebiet*. In: Bernhart Jähnig (Hrsg.): *Die Volksabstimmung 1920 – Voraussetzungen, Verlauf und Folgen*. N.G. Elwert, Marburg 2002, [ISBN 3-7708-1226-3](#), S. 27 ff.

05 [Robert Kempa: Jugendzeit in Ostpreußen](#).

• • Andreas Kossert: *Masuren, Ostpreussens vergessener Süden*. Pantheon, 2006, S. 247.

• • [AHF-Information Nr. 54: Die Volksabstimmung 1920 – Voraussetzungen, Verlauf und seine Folgen \(Memento vom 10. Februar 2012 im Internet Archive\)](#)

• • Andreas Kossert: *Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956*. Hrsg.: [Deutsches Historisches Institut Warschau](#). Otto Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2001, [ISBN 3-447-04415-2](#), S. 151.

• • *Stolper Heimatblatt*, Jahrgang XIV, Nr. 8 – Lübeck, August 1961.

10 Hans Ulrich Wehler: [Krisenherde des Kaiserreichs: 1871–1918](#). Vandenhoeck und Ruprecht, 1979, S. 264.

• • [Preußische Allgemeine Zeitung: Die Alliierten übernehmen, Folge 27–10](#) vom 10. Juli 2010

• • *Rocznik statystyki Rzeczypospolitej Polskiej/Annuaire statistique de la République Polonaise 1 (1920/22), Teil 2*. Warschau 1923, S. 358 (polnisch, französisch, [pdf \(Reproduktion beim Herder-Institut Marburg\)](#)).

• • *Die von Preußen abgetretenen Gebiete mit einer Hauptübersicht, einem Gemeinde- und Ortsverzeichnis der durch die neue Landesgrenze geteilten Kreise usw. nebst Flächengrößen und Einwohnerzahlen (einschl. des unter preußischer Staatshoheit verbleibenden Saargebiets)*. Bearbeitet vom Preußischen Statistischen Landesamt. Berlin 1922.

• • *Vorläufige Ergebnisse der Volkszählung im Deutschen Reich vom 16. Juni 1925*. In: Statistisches Reichsamt (Hrsg.): *Sonderhefte zu Wirtschaft und Statistik*. Band 5, Nr. 2. Verlag [Reimar Hobbing](#), 1925 ([pdf](#)).

15 [Die Ergebnisse der durch den Versailler Vertrag festgesetzten Volksabstimmungen in West- und Ostpreußen und in Schlesien](#). In: Herder-Institut (Hrsg.): *Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul „Zweite Polnische Republik“*, bearb. von Heidi Hein-Kircher (Abruf am 25. April 2014).

• • Hermann Pölking: *Ostpreußen: Biographie einer Provinz*. Berlin 2012, S. 444–445.

17. • Robert Traba: *„Wir bleiben deutsch“ – Die Abstimmung 1920 als identitätsstiftendes Symbol für die deutsche Bevölkerung in Ostpreußen*. In: Bernhart Jähnig (Hrsg.): *Die Volksabstimmung 1920 – Voraussetzungen, Verlauf und Folgen*. N.G. Elwert, Marburg 2002, [ISBN 3-7708-1226-3](#), S. 163 ff.

• Diese Seite wurde zuletzt am 11. Juli 2020 um 19:00 Uhr bearbeitet.



## 02) Schwieriges Gedenken

Von CR Gernot Facius

Gut so. Der Bayerische Landtag hat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause einen Dringlichkeitsantrag verabschiedet, der auf **75 Jahre Flucht und Vertreibung** sowie **70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen** Bezug nimmt; dazu hat sich längst nicht jedes Landesparlament aufrufen können. Gut, dass die Staatsregierung in München aufgefordert wurde, an Schulen auch jenseits des unmittelbaren Gedenkens auf „eine intensive Behandlung der Nachkriegszeit hinzuwirken“, zum Beispiel durch **Projektstage, Vorträge** und **Podiumsdiskussionen**. Gewürdigt werden der **Verzicht auf Rache und Vergeltung**, das **Bekenntnis** der Vertriebenen zu einem **freien und geeinten Europa** und der **Wille zur Aussöhnung** mit der Tschechischen Republik. CSU, Freie Wähler, Grüne und Sozialdemokraten waren sich darin einig, dass nur Europa die zerstörerische Kraft des Nationalismus überwinden könne – eine Anleihe aus der Charta von Stuttgart.

Nochmals: gut so! Doch dann rühren sich beim Beobachter die Zweifel, ob das Dokument mit all seinen Leitsätzen hinreichend zur Kenntnis genommen wurde. So manches wurde aus ihm zitiert, nur eine Passage blieb von den Rednern im Plenum weitgehend ausgeblendet: Das Insistieren der Charta-Unterzeichner auf dem **Recht auf die Heimat**. Es war **Christoph Maier**, der vertriebenenpolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, der schon am Tag vor der Abstimmung in einer Presseerklärung daran erinnerte, „dass die Charta auch von einem Recht der Menschen auf Heimat spricht“, eine Forderung, die noch immer nicht eingelöst sei. Und Maier war es auch, der die menschenrechtswidrigen **Beneš-Dekrete** zur Sprache brachte, die in der Entschließung des Landesparlaments nicht thematisiert wurden. Damit grenzte er sich von dem von der CSU eingebrachten „Dringlichkeitsantrag“ ab, der ihm offenbar zu schwammig formuliert erschien. Man muss die AfD nicht mögen, aber sie hat wenigstens auf die Leerstellen in den Aussagen der anderen Landtagsparteien aufmerksam gemacht. Da wirkt es schon komisch, wenn der vertriebenenpolitische Sprecher der CSU-Fraktion, **Josef Zellmeier**, triumphierend erklärt: „Wir freuen uns, dass alle Fraktionen bis auf die AfD unserem Antrag zugestimmt haben.“ Worauf die Verweigerung gründet, blieb ungesagt. Merke: Eine halbe Wahrheit ist oft eine ganze Lüge.

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 94, 2020, Wien, am 22. Juli 2020*

## 03) (Künstliche) Aufregung nach Paneuropa-Treffen in Eger

Die Europa-Freunde hatten sich für ihre **46. Paneuropa-Tage** in der Euregio Egrensis viel vorgenommen: Die 1922 gegründete Bürgerbewegung für die politische Einheit Europas wollte mit Kundgebungen und Gottesdiensten in Hof, Waldsassen, Eger / Cheb und Franzensbad / Františkovy Lázně ein Zeichen setzen. Ein Zeichen für offene Grenzen, gute Nachbarschaft, Freiheit und Demokratie in ganz Europa. Der Auftritt der Paneuropäer vor dem Rathaus in Eger wurde von manchen (tschechischen) Nationalisten aber gründlich missverstanden.

[Hier kommen Sie zum ONetz plus-Beitrag.](#)





## (Künstliche) Aufregung nach Auftritt einer Paneuropa-Delegation in Eger / Cheb

Diesen Artikel lesen Sie mit [OnetzPlus](#)

[Was ist OnetzPlus?](#)

Ganz dünnes Eis: Ein Foto mit einer Delegation der Pan-Europa-Union vor dem Rathaus in Cheb/Eger löst eine Facebook-Kontroverse mit über 900 Posts aus. Manche übersehen: Bernd Posselt und Konsorten sind alles andere als sudetendeutsche Revanchisten.



Das umstrittene Bild mit Paneuropa-Fahne vor dem Rathaus in Cheb mit dem Vorsitzenden Bernd Posselt (dritter von links) und dem Waldsassener Unternehmer Luis-Andreas Hart (rechts).  
Bild: exb

von Jürgen Herda [Kontakt Profil](#)

Die Europa-Freunde hatten sich für ihre 46. Paneuropa-Tage in der Euregioio Egrensis viel vorgenommen: Die 1922 gegründete Bürgerbewegung für die politische Einheit Europas wollte mit Kundgebungen und Gottesdiensten in Hof, Waldsassen, Cheb (Eger) und Františkovy Lázně (Franzensbad) einen Zeichen setzen. Ein Zeichen für offene Grenzen, gute Nachbarschaft, Freiheit und Demokratie in ganz Europa. Der Auftritt der Paneuropäer vor dem Rathaus in Cheb wurde von manchen gründlich missverstanden.



## Bürgermeister Jalovec wehrt sich

*Kommentar zum Paneuropa-Eklat in Cheb/Eger.*



Waldsassen

## Kommentar zum Paneuropa-Eklat in Cheb: Dünnes deutsch-tschechisches Eis

Der Ärger ergoss sich vor allem über Bürgermeister **Antonín Jalovec**, den einige als Kollaborateur verunglimpften. Ein Petr Horynda Horak etwa postete darunter das historische Bild eines Nazi-Aufmarsches in der Stadt: „In Eger / Cheb hat sich im Laufe der Jahre nicht viel geändert ... das ist immer noch willkommen.“

Der weltoffene Politiker der Liste „Volba pro Město Cheb“ (Wahl für die Stadt Eger) reagierte mit Aufklärung und Humor: „Ich habe hier kürzlich über meine positiven Eindrücke vom Besuch von Herrn Posselt, einem Vertreter der Paneuropäischen Union, einer Organisation geschrieben, die die Rolle der Nationalstaaten und ihre gegenseitige Zusammenarbeit auf der Grundlage traditioneller europäischer Werte verteidigt“, stellt der Mathematiker richtig. „Die meisten Reaktionen unter dem Artikel waren überraschend positiv.“

## Scharfe Jungs mit wenig Wissen

Allerdings hätten sich einige „scharfe Jungs“, welche die Gäste der Stadt als sudetendeutsche Nazis verunglimpften, „nicht die Mühe gemacht, Informationen über die gesamteuropäische Union“ zu recherchieren. Er werde sich davon nicht einschüchtern lassen: „Zusammenarbeit mit Deutschland, gegenseitige Toleranz, Freiheit (nicht zu vergessen) von den Nöten der Geschichte, das sind Werte, die mir am Herzen liegen, und ich werde dafür einstehen, auch wenn es mich meinen Job kosten sollte.“

Der Groll all dieser angeblichen „Patrioten“ verwundere Javolec: „Wir alle haben in den letzten Monaten erlebt, welche Nachteile uns geschlossene Grenzen und die Torpedierung der gegenseitigen Zusammenarbeit mit Deutschland einbringen.“ Einige der Fake-News, die hier verbreitet wurden, hätten ihn dennoch amüsiert: „Manche sagen, wir wurden für das Treffen gut bezahlt. Wenn Sie also noch jemanden kennen, der die Stadtverwaltung dafür bezahlt, uns zu treffen, lassen Sie es mich bitte wissen“, schreibt er mit augenzwinkerndem Smiley.

## Ganz im Sinne von Vater Anton Hart

Nicht amüsiert war dagegen Luis-Andreas Hart, Sohn des verstorbenen Keramik-Unternehmers und Ehrenbürgers der Stadt Cheb, Anton Hart. „Mich hat der Kommentar des ehemaligen Egerer Bürgermeisters **Václav Ják** sehr betroffen gemacht“, sagt der überzeugte Christ. Als Mitglied





der Paneuropa-Union war er mit auf dem Foto vor dem Rathaus zu sehen, was Jakl zu der Bemerkung veranlasst habe, sein Vater hätte das missbilligt. „Dabei hat der Stadtrat unter seiner Ägide der Verleihung der Ehrenbürgerwürde einstimmig zugestimmt, weil er sich nicht nur als Gründer des Vereins zur Erhaltung und Förderung der Wallfahrtsstätte Maria Loreto zeitlebens für die deutsch-tschechische Freundschaft eingesetzt hatte.“

Genau diese Ziele würden auch die Paneuropa-Union verfolgen. „Wir haben uns vor dem EU-Gipfel immer wieder dafür eingesetzt, dass ein Rechtsstaatsmechanismus Politiker wie Orban und Babiš daran hindert, die Bürger- und Freiheitsrechte für ihre eigenen Interessen zu beschneiden.“ Hart vermutet, dass die meisten der negativen Kommentare schlicht auf Unkenntnis zurückzuführen seien: „Viele scheren alle Sudetendeutsche über einen Kamm, glauben, dass die nur ihren Besitz zurückfordern und wissen gar nicht, dass wir entschieden gegen jeglichen Nationalismus eintreten.“

## **Junge Tschechinnen sehen es positiv**

Mut macht Hart, dass er von seinen tschechischen Freunden und der tschechischen Politik überwiegend positive Signale erhalten habe: „Die Stadt Cheb steht 100 Prozent hinter der Einladung“, freut sich der geschäftsführende Gesellschafter der Ziegel- und Tonwerk Schirnding GmbH. „Meine Geschäftspartner sagen mir, dass die Kampagne von den Rechtspopulisten der Partei Freiheit und direkte Demokratie des politischen Wirtkopfs Tomio Okamura gelenkt sei. Deren Anhänger sind mehrheitlich ältere verbitterte Männer. Junge Tschechinnen sehen die Aktion in Cheb nämlich ganz anders: „Sehr schön, schließlich haben die Deutschen ja auch den größten Teil des historischen Zentrums von Cheb gebaut“, schreibt

Eva Jirásková auf Facebook. „Es ist gut, dass wir heute die besten Beziehungen zu Deutschland in der Geschichte haben und die Frustrierten, die sich aufregen, dass sie nicht einmal das Gehalt einer deutschen Putzfrau bekommen, werden daran nichts ändern.“

*Gedenken an einen böhmischen Europäer:*

## **Anton Hart war Ehrenbürger der Stadt**

Anton Hart, geboren 1914 im Neukinsberg/Hrozňatov gestorben 2004 in Waldsassen, war ein Egerländer Unternehmer und Ingenieur. Er erwarb sich herausragende Verdienste um den Erhalt und die Pflege deutschen Kulturgutes in Böhmen und um die deutsch-tschechische Verständigung und Versöhnung nach dem Zusammenbruch der 40-jährigen kommunistischen Herrschaft. Getauft in der Wallfahrtsstätte Maria Loreto initiierte er nach 1989 deren Wiederaufbau. Seine tschechischen Sprachkenntnisse erleichterten die Zusammenarbeit mit den tschechischen Medienvertretern und kirchlichen Behörden, wie dem damaligen Pilsener Bischof František Radkovský.

Der frühere tschechische Staatspräsident Václav Havel zeigte sich bei seinem Besuch in Eger am 3. Mai 1996 beeindruckt von der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit in Maria Loreto. Am 20. Juni 2002 ernannte die Stadt Eger den Waldsassener Unternehmer aufgrund seiner hervorragenden Verdienste um den Wiederaufbau der Wallfahrtsstätte Maria Loreto zu ihrem Ehrenbürger. Das grenzüberschreitende gesamtgesellschaftliche Engagement und die



Kulturförderung spielen für die Unternehmerfamilie Hart nach wie vor eine wichtige Rolle. Auch Sponsoring-Aktionen zur Finanzierung des Erhalts kulturell wertvoller Kirchenbauten sind ein weiterer Aspekt.

Der heutige Verwaltungsstandort der Firma „Hart Keramik“ in der „Klosterstadt“ Waldsassen wurde 1928 als „Ziegelwerk Waldsassen AG“ gegründet. Das beginnende Wirtschaftswunder in der Nachkriegszeit sorgte für kräftiges Wachstum und Aufschwung. Das Ziegel- und Tonwerk in Schirnding wurde in das Unternehmen von Anton Hart eingegliedert und bald schon nahm in Waldsassen der erste moderne Tunnelofen seinen Betrieb auf. Das Streben nach Technologieführerschaft und der Fokus auf die Entwicklung von neuen Produkten und Vertriebsaktivitäten kennzeichnen das Unternehmen. 1977 trat der heutige Firmenchef Anton Wolfgang Hart, der älteste Sohn von Anton Hart, als Prokurist in die Firma ein und wurde einige Jahre später zum Vorstand ernannt.

Das Waldsassener Werk gilt als Keimzelle für den wirtschaftlichen Aufstieg des Unternehmens nach dem Zweiten Weltkrieg. Ursprünglich wurde dort die gesamte „HART Keramik“-Produktpalette gefertigt. Durch den Hinzukauf des Ziegelwerkes Schirnding und die Errichtung der neuen Produktionsanlage für Poroton-Ziegel zu Beginn der 1990er Jahre verlagerte sich die Ziegelherstellung nach Schirnding. Das ursprüngliche Werk I in Schirnding wurde seit Mitte der 1980er Jahre auf eine rationelle Keramikrohrproduktion ausgelegt. Das Werk Waldsassen wurde neben der Herstellung von Keramikrohren auf Zubehörteile, Hafnerschamotte, Klinker, Radialklinker für Industrie-Schornsteine und keramische Spezialanfertigungen ausgerichtet. Aus Umwelt- und energiepolitischen Gründen entschied man sich im Jahr 2010 für den Bau eines neuen Werkes III mit Verlagerung der Produktion aus Waldsassen nach Schirnding. Seither sind alle Produktionsstätten dort vereint.

**Quelle:**

[https://doc-0c-5k-apps-viewer.googleusercontent.com/viewer/secure/pdf/qqvb3d5itcimoplb2ak410jrdnb6hfnr/q4pssdm5u78qe748ut6kcds8e1k6kija/1595950875000/drive/00870604783055805934/ACFrOgC-MZSiou6QCrb5st0Bdola\\_xKReBjSLp7-8oU9il2h9qM31LBThFMXcQyuK5Yh-ganw38pTR9ks1sc4225gQGvqFmUuWLu2kmbrMXLcJSjWKF-S0N3zUiximfFcgud8NzaWrDZM-fli7MW?print=true&nonce=7dsjg6cmsnct4&user=00870604783055805934&hash=urm2cs1688q2mdrnl72ukqopt5ft5l5](https://doc-0c-5k-apps-viewer.googleusercontent.com/viewer/secure/pdf/qqvb3d5itcimoplb2ak410jrdnb6hfnr/q4pssdm5u78qe748ut6kcds8e1k6kija/1595950875000/drive/00870604783055805934/ACFrOgC-MZSiou6QCrb5st0Bdola_xKReBjSLp7-8oU9il2h9qM31LBThFMXcQyuK5Yh-ganw38pTR9ks1sc4225gQGvqFmUuWLu2kmbrMXLcJSjWKF-S0N3zUiximfFcgud8NzaWrDZM-fli7MW?print=true&nonce=7dsjg6cmsnct4&user=00870604783055805934&hash=urm2cs1688q2mdrnl72ukqopt5ft5l5)

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP), Österreich, Nr. 95 / 2020, Wien, am 24. Juli 2020*

